

## Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

### Bewegungsgipfel jetzt ausrichten – Deutschland durch Sport gesünder machen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bewegungsmangel ist mittlerweile generell zu einem bedeutenden Risikofaktor für gesundheitliche Probleme geworden. Die Pandemie hat diese besorgniserregende Entwicklung weiter verstärkt. Sportstätten waren nicht mehr zugänglich – etwa Fitnessstudios und Schwimmbäder. Da oftmals Alternativen fehlten, stellte sich selbst auch bei motivierten Sportlern ein Bewegungsmangel ein. Dies ist vor dem Hintergrund alarmierend, dass Krankheiten wie Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen nicht nur durch Bewegungsmangel begünstigt werden, sondern zudem auch Risikofaktoren für besonders schwere und tödliche Verläufe einer COVID-19-Infektion darstellen. Regelmäßige körperliche Bewegung beugt langfristig schweren Erkrankungen vor und dient damit der Prävention.

Eine aktuelle Studie zu gesundheitlichen Problemen bei Kindern und Jugendlichen nach der Corona-Pandemie bringt erschreckende Ergebnisse zutage: 16 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind während der Krise dicker geworden – im September 2020 waren es 9 Prozent. 44 Prozent der Kinder bewegen sich seit der Pandemie weniger. Parallel dazu hat sich bei einem Drittel der Kinder und Jugendlichen die körperlich-sportliche Fitness verschlechtert.

Hinzu kommt, dass 70 Prozent der Kinder Medien häufiger nutzen als vor der Pandemie. Studien belegen, dass mangelnde Bewegungsmöglichkeiten ein deutliches Risiko für eine ADHS-Erkrankung oder Adipositas darstellen.

Auch für die psychische Gesundheit sind Bewegung und Sport ein zentraler Schlüssel. Insbesondere der vereinsorganisierte Sport dient der Prävention und Förderung der mentalen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen wie auch Erwachsenen.

Ferner ist zu berücksichtigen, dass vor allem für Kinder und Jugendliche sportliche Aktivitäten in Vereinen oder Verbänden dazu beitragen, deren Persönlichkeit nachhaltig zu stabilisieren.

Alarmierend ist außerdem die steigende Zahl der Kinder, die gar nicht oder nicht sicher schwimmen können. Eine repräsentative Forsa-Umfrage der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft aus dem Jahr 2017 ergab bereits, dass fast 60 Prozent der Zehnjährigen keine sicheren Schwimmer sind. Dieser Trend wurde nun durch die Pandemie nochmals deutlich verstärkt, da Schwimmunterricht ausfiel und in Schwimmbädern nur ein eingeschränkter Betrieb stattgefunden hat.

Zur Problemanalyse gehört auch, dass damit zu rechnen ist, dass ein bestimmter Teil der an COVID-19 Erkrankten von den Phänomenen Long- und Post-COVID betroffen sind. Daraus ergibt sich zeitnah ein spürbarer Bedarf an angemessenen Angeboten für den Rehabilitationssport, der durch die aktuell bestehenden Ressourcen nicht gedeckt werden kann.

Ein weiteres Augenmerk liegt neben dem alters- und pandemiebedingten Nachholbedarf von Seniorinnen und Senioren vor allem auch auf der Situation von Menschen mit Behinderungen in Deutschland: Nach Aussage des Deutschen Behindertensportverbandes treiben aktuell 55 Prozent dieser Personengruppe in Deutschland überhaupt keinen Sport. Es muss davon ausgegangen werden, dass sich dieser Prozentsatz in der und durch die Pandemie noch weiter erhöht hat. Erschwerend kommt hinzu, dass über 90 Prozent der Sportanlagen in Deutschland nicht barrierefrei sind und somit von Personen insbesondere mit körperlichen oder visuellen Behinderungen gar nicht genutzt werden können.

Die dargestellten Herausforderungen erfordern ein schnelles staatliches Handeln. Hier ist die Bundesregierung aufgefordert, endlich tätig zu werden. Das dem Haushaltsausschuss unlängst übermittelte, gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund entwickelte Konzept der Bundesregierung zur Entsperrung von Ausgaben in Höhe von 25 Mio. EUR reicht bei weitem nicht aus. Es ist lückenhaft. So nennt es als von der Pandemie besonders betroffene Personengruppen im Sport zwar Geringverdiener, Migranten sowie Mädchen und Frauen, blendet aber Menschen mit Behinderungen und Familien komplett aus und übersieht damit ein gesellschaftlich überaus wichtiges Themenfeld. Auch das Problem der fehlenden Schwimmfähigkeit vieler Kinder und Jugendlicher wird nur am Rande erwähnt. Die Beteiligung der Länder und Kommunen fehlt völlig.

Die Oberflächlichkeit sowie die Lücken dieses offensichtlich in großer Eile erstellten Konzepts zeigen, dass das Thema „Bewegung“ zur „Chef-Sache“ erklärt und als Querschnittsaufgabe gedacht werden muss, um Deutschland bewegungsfreundlicher zu machen. Anderenfalls drohen weiterhin eine grassierende Bewegungsarmut und erhebliche Folgekosten für das Gesundheitssystem.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung daher im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
  1. umgehend einen Bewegungsgipfel einzuberufen, der folgende Aspekte der Thematik behandeln muss:
    - a) Erstellung eines aussagekräftigen Lagebildes auf Basis der bereits erzielten aktuellen Forschungsergebnisse zur Problematik unter Beteiligung der Länder und aller „Stakeholder“,
    - b) Identifizierung von aktuellen Handlungsfeldern,
    - c) Erarbeitung von Lösungsansätzen,
    - d) Berücksichtigung der Erfordernisse von Prävention und Rehabilitation durch den Sport,
    - e) Schwerpunktsetzung auf die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen,
    - f) Erarbeitung von Strategien, die die Bedürfnisse von Kindern, Jugendlichen und Senioren unmittelbar berücksichtigen und u.a. Bewegungsförderung und -freundlichkeit als Qualitätsmerkmal beim Ausbau von Kindertagesstätten und Ganztagschulen systematisch aufgreifen und umsetzen;
  2. sicherzustellen, dass das nunmehr dem Haushaltsausschuss vorgelegte Konzept unter Berücksichtigung der Ergebnisse des Bewegungsgipfels vollumfänglich überarbeitet wird und dann geeignet ist, nicht nur kurz-, sondern auch mittelfristige Problemlösungen anzubieten, und dass es

- a) eine angemessene Beteiligung aller Betroffenen gewährleistet und
  - b) die zugleich die bestehenden umfassenden Finanzierungsbedarfe ermittelt sowie
  - c) die Personalbedarfe in den Behörden identifiziert;
3. sicherzustellen, dass der Bedarf an geeigneten Sportstätten und Schwimmbädern ermittelt wird sowie Missstände und Defizite zeitnah behoben werden, indem
    - a) alle öffentlichen Stellen auf allen staatlichen Ebenen eingebunden werden und
    - b) die erforderlichen finanziellen Mittel bereitgestellt werden;
  4. die im vorgelegten Konzept skizzierte Öffentlichkeitsarbeit an alle betroffenen Teile der Gesellschaft, also auch an Familien und – in barrierefreier Form – an Menschen mit Behinderungen zu richten, um sie zu motivieren, Sport zu treiben, wobei diese Kampagne nicht nur Aufmerksamkeit schaffen, sondern auch konkrete Angebote für Bewegungsmöglichkeiten und eine Verknüpfung zu den Bemühungen der Vereine um Mitgliedergewinnung enthalten soll;
  5. speziell unter Einbeziehung von Ländern und Kommunen ein erweitertes Angebot für Menschen mit Behinderungen zu entwickeln, um sicherzustellen, dass Sportstätten Barrierefreiheit im umfassenden Sinne aufweisen und mehr Menschen mit Behinderungen, unabhängig davon, ob sie körperliche, visuelle oder kognitive Beeinträchtigungen haben, Sport treiben können, und die im Nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur UN-Behindertenrechtskonvention enthaltenen Maßnahmen zur Förderung des Leistungs-, Breiten- und Rehasports fortzuschreiben;
  6. sicherzustellen, dass die durch die Corona-Pandemie entstandenen Defizite im Bereich des Vereins- und Schulsports durch eine repräsentative Studie erhoben werden, um dem Bewegungsmangel bei Kindern und Jugendlichen gezielt begegnen zu können;
  7. die Länder und Kommunen bei der Erarbeitung und Umsetzung der Gesamtstrategie einzubinden, um niedrigschwellige und vereinsungebundene Bewegungsangebote im öffentlichen Raum bereitzustellen (Zugang zu kommunalen Sportstätten ermöglichen);
  8. den Deutschen Bundestag und dessen zuständige Ausschüsse fortlaufend über den Fortgang bei Erstellung und Implementierung der Strategie zu unterrichten;
  9. die Erstellung und Umsetzung der Strategie durch eine geeignete Stelle im Bundeskanzleramt zu koordinieren, um die Beteiligung aller zuständigen Stellen sicherzustellen.

Berlin, den 5. Juli 2022

**Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion**

